53. Jahrgang. № 64. Freitag, 5. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 50 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Milch-Chocolade No. 600.** Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Spul- und Madenwürmer werden bei Kindern und Erwachsenen gründlich beseitigt durch die angenehmen Mittel **Contravermes**, 30, 35 und **Madenwurmzäpfchen**, 50 Pfg., und 50 Pfg. **Versand nach auswärts.** :: :: **Alleinvertrieb: Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.**

Techn. Gummiwaren für alle Arten Betriebe. Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc. **Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,** Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Ullrichs Pianinos sind **vorzüglich,** dabei sehr **preiswürdig.** 1 Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Dresdner Vernickelungs-Anstalt Otto Büttner Falkenstrasse 1–3 Hofgebäude. Fernsprecher 7350. **Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern** aller unscheinbar gewordenen Metallgegenstände für Haus und Herd, Sport etc.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Mild, veränderlich.

Der Gesetzentwurf über die Reichsversicherungsordnung geht in den nächsten Tagen dem Bundesrat zu.

Der Reichstag setzte die Beratung des Postetats und des Entwurfs einer neuen Fernsprechgebührenordnung fort.

Das preußische Abgeordnetenhaus genehmigte den Etat des Ministeriums des Innern.

Infolge der Differenzen über die Wahl in Bingen-Alzey sind viele Austrittserklärungen aus der nationalliberalen Partei erfolgt.

Regierungsrat Martin richtet in einer angeblichen Darlegung der Novembervorgänge heftige Angriffe gegen den Fürsten Bülow.

Der wegen der Affäre mit dem Journalisten Becker mit schlichtem Abschied entlassene Leutnant v. Bismarck ist militärisch rehabilitiert worden.

In Washington wütet ein schwerer Schneesturm.

In der Stadt Sorel (Provinz Quebec) wütet Großfeuer.

Das Welfentum

im Deutschen Reiche hat zum Bedauern aller streng national gesinnten Kreise, die nach Pflicht und Gewissen nicht umhin können, die Konsequenzen jeder unangebrachten Nachgiebigkeit gegen die welfischen Feinde unseres geeinten Vaterlandes gründlich zu würdigen, einen offiziellen Erfolg zu verzeichnen. Vor einigen Tagen meldete der Draht aus Braunschweig, daß die dortige Landes- und Kirchenregierung übereinstimmend beschlossen hatte, künftig in das allgemeine Kirchengebet eine Fürbitte für den Herzog von Cumberland einzufügen. Unmittelbar darauf traf die weitere Nachricht ein, daß der braunschweigische Kultusminister in der Landessynode erklärt hatte, die Maßnahme sei von maßgebender Stelle des Reiches ausdrücklich gebilligt worden. Angesichts dieser beiden Tatsachen wird man auf nationaler Seite ein Gefühl der Unbehaglichkeit, eine verstimmende Empfindung nicht zu unterdrücken vermögen. Es handelt sich hier keineswegs um eine unbedeutende Kleinigkeit, die nicht der Rede wert ist, sondern vielmehr um eine in ihrer Art symptomatische Erscheinung, die aufs neue bestätigt, daß in der braunschweigischen Frage nicht mehr mit allem Nachdruck der alte zielbewußte Kurs eingehalten wird, der allein zum Guten zu führen und die Interessen des Reiches andauernd gegen alle Beeinträchtigungen durch welfische Umtriebe zu schützen vermag. Man komme nicht mit dem Einwande, daß die Angelegenheit der kirchlichen Fürbitte ausschließlich eine dynastische Frage sei, die nur die beiden Herrscherhäuser etwas angehe. Alles, was sich auf die Regelung der welfischen Frage bezieht, ist in hervorragendem Maße Gemeingut des deutschen Volkes und der deutschen Patrioten, die voll ehrlicher Sorge darüber wachen, daß nicht verkehrte Schritte und Maßnahmen auf diesem in nationaler Hinsicht so überaus empfindlichen Gebiete das Reichswohl schädigen. Eine solche Befürchtung aber drängt sich bei der jetzt beliebten Neuregelung des braunschweigischen Kirchengebets im Zusammenhange mit allen übrigen Begleiterscheinungen der Angelegenheit mit zwingender Gewalt auf. Tatsache ist, daß die Einschaltung der Fürbitte für den Herzog von Cumberland und sein Haus in das Kirchengebet einen schon lange gehegten Wunsch des braunschweigischen Welfentums darstellt und daß die Welfen seit Jahren für die Erreichung ihres Zweckes agitiert haben. Bisher ist aber allen derartigen Wünschen und Bestrebungen des Welfentums kein Erfolg beschieden gewesen. Sowohl in Berlin wie auf seiten der braunschweigischen Regentschaft hat man sich ablehnend verhalten und sogar in der braunschweigischen Landessynode sind gelegentliche welfische Vorstöße nach dieser Richtung ergebnislos verlaufen. Um so mehr muß es allgemein auffallen und überraschend wirken, daß jetzt ganz plötzlich und unvermittelt dem Welfentum dieses Zugeständnis gemacht wird.

Was steckt dahinter? Diese Frage wird von allen Patrioten aufgeworfen, die sich die üblen Folgen solcher und ähnlicher Maßregeln für die nationale Sache klar vergegenwärtigen. Stehen wir wirklich vor einem ausgesprochenen Systemwechsel in der braunschweigischen Frage, oder haben wir es lediglich mit einer vereinzelten bedauerlichen Inkonsequenz zu tun? Wie die welfischen Kreise selbst die Sache auffassen, geht nur zu klar aus dem Jubel hervor, der in ihrer Presse über das Ereignis zum Ausdruck kommt. Ein bezeichnender Erguß dieser Art findet sich auch in der ultramontanen „Köln. Volksztg.", die den welfischen Bestrebungen sehr sympathisch gegenübersteht und diesen Elementen stets nach Kräften die Stange hält. Es heißt dort u. a.: „Herzog Ernst August trat in das bayerische Heer ein. Die blau-gelbe Landesfarbe ist wieder zu Ehren gekommen; selbst die durch Braunschweig fahrende preußische Staatsbahn beginnt wieder, ihren Schranken die braunschweigischen Farben zu geben, die braunschweigische Landessynode nahm einstimmig den Antrag der Kirchenregierung an, daß in Zukunft bei den Kirchengebeten nicht nur des Regenten, sondern auch des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg Erwähnung geschehen soll. Und das mit Zustimmung von Berlin, wie der braunschweigische Kultusminister eigens hervorhob. Wie sich doch die Zeiten ändern! Man wird es begreiflich finden, daß die Herzen vieler treuer Braunschweiger höher schlagen."

In der Tat, man wird es begreiflich finden, daß die Welfen angesichts solcher Vorkommnisse triumphieren. Unbegreiflich aber ist und bleibt es, daß die verantwortlichen Stellen im Reiche und in Braunschweig sich zu einem Schritte entschließen konnten, von dem mit Sicherheit vorauszusehen war, daß er die welfischen Hoffnungen lebhaft ermutigen und der ganzen Bewegung neue Kräfte zuführen würde; unbegreiflich um so mehr, je weniger auch nur der geringste formelle Anlaß vorgelegen hat, der dem Vorgehen der braunschweigischen Landes- und Kirchenregierung wenigstens einen Schein von Berechtigung hätte geben können. Aus der Begründung des Gesetzentwurfs erfährt man nicht das mindeste über den aktuellen Anlaß der Maßnahme. Es wird dort lediglich bemerkt, daß Aenderungen in den Kirchengebeten wegen des Wechsels in den Personal- und Zeitverhältnissen, sowie wegen besonderer Ereignisse in Form von Auslassungen und Zusätzen nicht selten geboten seien. Soll mit dem Wechsel in den Personalverhältnissen vielleicht ein Hinweis auf den neuen Regenten, Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, gemeint sein? Erwartet man vielleicht von seinem Eingreifen auch einen Wechsel in den Zeitverhältnissen im Sinne einer allgemeinen Systemänderung in der Behandlung der braunschweigischen Frage? Man erinnert sich dabei unwillkürlich der Befürchtungen, die bei dem Amtsantritt des Herzogs in manchen patriotischen Kreisen wegen der ihm nachgesagten welfenfreundlichen Gesinnung gehegt wurden. In dem bereits erwähnten Artikel des ultramontanen kölnischen Organs wird es offen ausgesprochen, daß die Welfen von dem Herzoge die Durchführung des „Ausgleichs" mit Preußen erwarteten, d. h. also im welfischen Sinne die Wiedereinsetzung der cumberländischen Dynastie. Wenn tatsächlich solche Stimmungen im welfischen Lager herrschen, wie ist es dann möglich, daß sie noch obendrein durch eine falsche Rücksichtnahme von seiten der für die Wahrung der Reichsinteressen verantwortlichen Stellen unterstützt und gefördert werden?

Nicht einer sentimentalen, von unstatthaften legitimistischen Erwägungen diktierten Nachgiebigkeit bedarf es in Braunschweig, sondern einer festen, zielbewußten Politik, die sich stets als oberste Richtschnur die strenge Wahrung des nationalen Standpunktes vor Augen hält. Woher sollen die deutschen Patrioten das feste Vertrauen nehmen, daß in der welfischen Frage kein Systemwechsel beabsichtigt wird, daß alles beim alten bleibt, wie es sich als gut und dem nationalen Gedanken förderlich erwiesen hat, wenn solche augenfälligen Anzeichen einer Kursänderung in die Erscheinung treten? Wir haben doch wahrlich schon an unseren Grenzen mit den Polen und Dänen genug zu tun, als daß wir es riskieren könnten, uns nun auch noch im Herzen des Reiches ein unserer staatlichen Neuordnung feindliches Welfenzentrum zu schaffen, das alle vom Reiche abstrebenden Elemente und Kräfte in sich aufnehmen und ihnen einen im höchsten Grade gefährlichen gemeinsamen Sammelpunkt bieten würde. Vor allem muß der eine Gesichtspunkt unerbittlich festgehalten werden, daß das Reich keinerlei Veranlassung hat, dem Welfentum auch nur den kleinen Finger zu reichen, solange die Angehörigen des Hauses Cumberland auf ihrem Widerspruche gegen die heutige staatsrechtliche Form des Deutschen Reiches beharren. Nach dieser Richtung hat nicht ein einziges Mitglied der cumberländischen Dynastie bis jetzt auch nur das allergeringste Entgegenkommen gezeigt. Es fehlt also immer noch die oberste Voraussetzung, die jedem Zugeständnis von nationaler Seite gegenüber dem Welfentum unbedingt vorausgehen muß, wenn nicht die welfische Begehrlichkeit ins Ungemessene gesteigert und die Sache des Reiches ernstlich geschädigt werden soll. Der strengen nationalen Auffassung kann sogar für den Fall eines Gesamtverzichtes des Hauses Cumberland auf Hannover die Wiedereröffnung der braunschweigischen Thronfolge für die cumberländische Dynastie nicht wünschenswert erscheinen, weil selbst dann noch jede Garantie dafür fehlen würde, daß auch die Gesinnung der Mitglieder dieser Dynastie, worauf es doch vor allem ankommt, und ihr Denken und Empfinden gut deutsch wären und blieben. Von diesem in dem höheren Interesse des Reiches wohlbegründeten Standpunkte aus muß es sehr übel vermerkt werden, wenn die jetzige Regentschaft des Herzogtums ohne das geringste Entgegenkommen von seiten des Welfentums diesem ein Zugeständnis macht, das von dem verstorbenen Regenten Prinzen Albrecht trotz aller welfischen Bemühungen nicht zu erlangen war. Es ist hohe Zeit, daß dem Welfentum gegenüber die Zügel von Berlin aus wieder recht straff angezogen werden, wenn nicht das nationale Vertrauen stark erschüttert und der Zweifel an der Fähigkeit der Regierung, die braunschweigische Frage auf der ganzen Linie mit dem nötigen Nachdruck und der unbedingt erforderlichen Festigkeit zu behandeln, in verhängnisvoller Weise genährt werden soll.

Neueste Drahtmeldungen vom 4. März.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Postetats und des Entwurfs einer neuen Fernsprechgebühren-Ordnung wird fortgesetzt. Abg. Droescher (kons.): Die Post ist nicht nur ein Geschäftsbetrieb, wie gestern der Abg. Pichler meinte, sondern ein gleichzeitig gemeinnütziges Unternehmen. Meine Freunde haben jedenfalls die Ueberzeugung und das Vertrauen zu der Postverwaltung, daß sie es verstanden hat und auch weiter verstehen wird, den richtigen Ausgleich zu schaffen zwischen den finanziellen Bedürfnissen der Verwaltung und den Interessen und Bedürfnissen des Verkehres. Wir haben auch das Vertrauen zu dem Staatssekretär, daß er in richtiger Weise Sparsamkeit übt, ohne dabei die berechtigten Interessen der Beamten zu schädigen. Alle unsere postalischen Einrichtungen sind fortgesetzt in zweckmäßigster Weise im Interesse des Verkehres verbessert worden, der Betrieb ist ständig vereinfacht worden, so daß unsere Posteinrichtungen als Muster dienen können. Es ist von den verschiedensten Seiten eine Verminderung des Beamtenkörpers gefordert worden. Haben wir denn wirklich einen zu großen Beamtenkörper? Ich antworte mit einem entschiedenen „Nein!" In keiner anderen Verwaltung sind die Beamten so angestrengt, wie bei der Postverwaltung. Auf jeden Fall ist dem berechtigten Sparsamkeitstriebe von der Postverwaltung stets auch in der Bemessung des Personals Rechnung getragen worden. So ist auch in dem vorliegenden Etat die Zahl der neuen Beamtenstellen sehr sparsam bemessen. Seit 1902 ist in diesem Hause ständig auf Erleichterungen für die Postbeamten gedrängt worden. Und mit Erfolg: die Dienst-Stundenzahl für die Beamten ist herabgesetzt worden, die Urlaube sind vermehrt. Solche sozialen Erleichterungen können nun aber doch selbstverständlich nicht ohne Beamtenvermehrung vor sich gehen. 20 Prozent dieser Vermehrung entfallen auf diese sozialen Erleichterungen. Mit den postlagernden Briefen macht sich ein großer Unfug breit. Wir danken dem Staatssekretär, daß er unsere Post zu dem besten Verkehrsinstitut der ganzen Welt gemacht hat. (Beifall rechts.) — Abg. Singer (Soz.): Wir teilen die Ansicht des Vorredners über das Wirken des Staatssekretärs nicht, denn dieser hat einen Post-Bureaukratismus geschaffen, wie er sonst nirgends zu finden ist. In dieser Beziehung hat Herr Krätke da angefangen, wo sein Vorgänger Stephan leider aufgehört hat. Den Bedürfnissen des Verkehrs ist in keiner Weise Rechnung getragen, und auch sein soziales Wirken entspricht gar nicht unseren Wünschen. Das Aufsichtspersonal ist viel zu zahlreich vorhanden. Redner spricht sich scharf gegen die Portofreiheit der Landesfürsten aus. Der Großherzog von Oldenburg schicke seine Milch und seine Rehböcke portofrei in die Welt. Ferner verurteilt Redner Versuche, auf die politische Gesinnung der Beamten einzuwirken. In Kiel habe man sogar gewagt, die Beamten nach ihrer Abstimmung zu fragen, nachdem die Stadtverordnetenwahlen für die Bürgerlichen schlecht ausgefallen waren. Das sei frivol und unverschämt. Die Fernsprechgebührenordnung sei ein echter Krätke und diene nur dazu, den Verkehr aufs neue zu belasten. Redner will eine Pauschgebühr mit Zuschlägen statt der vorgeschlagenen Regelung. — Staatssekretär Krätke bestreitet, daß es sich bei der neuen Fernsprechgebührenordnung um eine Liebesgabe für das platte Land handle. Es haben 75 Prozent der Fernsprechteilnehmer auf dem Lande nicht nur, sondern auch in den Städten Vorteile von der Vorlage. Es sind bei der neuen Ordnung alle im Vorteil, die wenig sprechen. In Amerika ist man auch zum Einzelgespräch übergegangen, ebenso in England. Wenn Sie das in dem praktischen Amerika haben, auf das Sie sich sonst immer berufen, dann wird die Sache wohl einen gewissen Sinn haben. Es liegt doch Gerechtigkeit darin, wenn